

Wehrzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Abteilen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-III, Selbstvertrieb und Ab-
nahme: Güterbahnhof, 2. Hofweg 17 III, Selbstvertrieb: Dresden 18 III.
Sprechstunden: Montag 16-18 Uhr alle Sprechstunden, Mittwochs 17-18 Uhr
Sprech- und abteilungsweises, Freitags 18-19 Uhr juristische Sprechstunde.

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 7. Mai 1931 Nummer 82

„Rote Fahne“ von SPD-Grzesinski verboten!

Große spontane Demonstrationen in Berlin

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski hat das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, „Die Rote Fahne“, auf die Dauer von 14 Tagen verboten. Zur Begründung des Verbots wird ein Artikel in der Mittwochnummer der Roten Fahne „Zwei Jahre KPD-Verbot“ angeführt.

In der Begründung wird gesagt, daß im ersten Satz des Artikels „eine Beschimpfung und böswillige Beschuldigung der Polizeibehörden zu erblicken“ sei. Auch das im Artikel vorkommende Wort „Polizeisozialisten“ wird als Verbotswort angeführt. Im dritten Absatz, so heißt es im Verbot, sei eine „böswillige Beschuldigung von leitenden Beamten des preussischen Staates zu erblicken“, da mit den dort angeführten Worten gesagt sein soll, daß Ministerpräsident Brauns und Arbeitsminister Severing nur aus finanziellen Gründen ihre Tätigkeit ausüben. Der dritte Absatz schließlich enthalte eine „Anschuldigung des verbotenen KPD“. In der Begründung des Verbots werden weiter Artikel der Roten Fahne vom 1. und 2. Mai angeführt. In denen sich Stellen befinden sollen, die für sich allein zwar nicht als Verbotswörter erachtet werden, die aber die von der Roten Fahne eingeschlagene Tendenz charakterisieren. So der Aufruf des Zentralkomitees zum 1. Mai, in dem es heißt: „Für die Volkrevolution führt zur Sowjetmacht“ und „Es lebe die Volkrevolution!“ Auch ein Zitat von Marx und eine Rede des Genossen Thalmann am 1. Mai auf dem Lustgarten werden als Verbotswörter angeführt.

Die Begründung des Verbots der Roten Fahne ist so ungeschwehlich, daß es weiter keines Kommentars bedarf. Diese Begründung spricht gegen sich selbst und es ist nur notwendig, zu unterstreichen, daß es ein SPD-Polizeipräsident ist, der das Verbot erteilt.

Die wirklichen Ursachen des Verbots liegen darin, daß man die Aufführung und Durchführung der Volksmessen durch die KPD, welche die Mobilisierung des wertvollen Volkes gegen Ausbeutung, Brotwucher, Unterdrückung, Lohn- und Lohnraub, gegen die Brüning-Severing-Diktatur unterbinden möchte. Das Verbot kennzeichnet drastisch die verächtliche Durchführung des faschistischen Kurzes der Brüning-Diktatur und die Rolle der SPD und ihrer Polizeipräsidenten als Hilfspolizei des Faschismus.

Das Verbot wird erst recht anfeuernd und aufrüttelnd wirken. Die Massen werden es durch die Verbindung mit der SPD-Verdammung, durch die verstärkte Volksaktion für Arbeit, Brot, Freiheit, durch die verstärkte Werbung für die KPD, KGO und für die kommunistische Presse, beantworten.

Berlin, 7. Mai. (Eig. Drahtm.)

Selten kam es in Berlin auf dem Wedding und in Neukölln zu großen Demonstrationen, an denen sich Tausende von Arbeitern beteiligten. Gegen 7 Uhr krönten in der vom Abend her belebten Hermannstraße in Neukölln viele hunderte Arbeiter zusammen und formierten sich unter Rufen nach Aufhebung des Verbots der KPD und der Roten Jungfront zu einem langen Demonstrationzug. Die Polizei konnte der Demonstration nicht Herr werden. Verhaftete Demonstranten wurden von der Masse wieder befreit. Bis in die späten Abendstunden bildeten sich Gruppen von Demonstranten in Neukölln. Im Wedding sammelte sich auf ein Pfeifensignal ein gewaltiger Demonstrationzug und bewegte sich durch die Müllerstraße bis zum Leopoldplatz. Rote Fahnen und Transparente, mit Aufschriften gegen das KPD-Verbot wurden im Zuge mitgeführt. Bei dem Vorbeimarsch sammelte sich überall die Bevölkerung in den Straßen und gab lärmlich ihren Sympathie für die Marschierenden Ausdruck. Auch an anderen Stellen auf dem Wedding fanden Demonstrationen statt. Überall waren die Straßen schwarz von Menschen. Die Polizei

Jungsozialisten, USler und SPD-Arbeiter zur KPD

Münchberg, 7. Mai. (Eig. Drahtm.)

In Münchberg ist der Führer der dortigen Jungsozialisten mit vier anderen Jungsozialisten in der Gruppenversammlung aus der SPD und in die kommunistische Partei übergetreten. Gleichzeitig mit diesen fünf erklärte in derselben Versammlung ein weiterer sozialdemokratischer Arbeiter seinen Austritt aus der SPD.

In Stagen (bei Berlin) ist der Postangestellte Winterfeld, der 10 Jahre in der SPD organisiert war, in die kommunistische Partei eingetreten.

In Hinderburg (Oberhessen) traten vier USJ-Mitglieder zum KPD mit der Erklärung über, daß die Führer der SPD und USJ die Einmischung des Faschismus begünstigen und auf die KPD und der KPD die einheitliche Kampffront gegen den Faschismus und Sozialabbau organisiert.

Berlin, 7. Mai. (Eig. Drahtm.)
erziehen immer dann, wenn die Rundgebung bereits beendet oder bereits in einem anderen Stadteil durchgeführt wurden.

Antwort an Brüning-Schied-Sebering

Das Justizministerium Dresden-Zentrum des Stadteil 1 hat beschlossen, alle Straßen- und Verkehrsstellen, sowie die revolutionären Massenorganisationen des Gebietes Coburg zu folgendem Wettbewerb herauszufordern:

- Gründung von 4 neuen Betriebszellen
- Werbung von 100 neuen Parteimitgliedern
- Werbung von 70 neuen Zeitungseilern
- Werbung von 80 neuen Kampfbundmitgliedern
- Werbung von 120 neuen Mitgliedern der Roten Hilfe
- Gründung von 2 neuen Ortsgruppen
- Vertrieb von 300 Massenbroschüren bis zum 10. Juni

„Stützt die SPD Schied?“

Kußerordentlich interessant gestaltete sich das Verhältnis der Sozialdemokratie zu dem Beamtenministerium. Wenn die sozialdemokratische Fraktion auch oft genug agitatorische Angriffe ihrer linken Köpfe ... unterstützen zu sollen glaubte, so hat sie doch, man möchte sagen, peinlich darauf geachtet, daß über die latente sächsische Regierungslinie hinaus ... keine klare Linie entsehe.
(„Dresdner Anzeiger“ am 6. Mai 31.)

Selten hat wohl ein Kabinett seit 1918 in Sachsen eine solche liebevollere Presse gefunden, wie dieses einjährige Beamtenkabinett Schied. Was gestern in der bürgerlichen Presse von den kampfmanerischen Leipziger Neuesten Nachrichten „bis zu den „demokratischen“ Dresdner Nachrichten gelobt wurde an Herrn Walter Schied, das ist es gerade, was dieses „neutrale Beamtenkabinett“ als ein durch und durch arbeitereindliches kennzeichnet. Nachdem die wichtigsten Blätter aller Richtungen Stellung nach ihrer Art, so blieb es einer Gruppe von Zeitungen überlassen, sich an diesem „Gedenktage“ auszuzeichnen. Es schweig die gesamte SPD-Presse; nicht ein sächsisches SPD-Blatt wagte es, die Frage der Haltung zu Schied aufzurollen. Um so kennzeichnender ist dieses Verhalten, als bei allen bürgerlichen Blättern gerade die Tadel hervorgehoben wird, daß Schied, dieser „tätige, energische, ferndeutsche, reitende, unerschütterliche“ ehemalige Präsident des Staatsschulungs-

Wehrfandunggebung in Dresden aufgelöst

Schied-Diktatur und SPD-Fleischer gegen Pioniere / Nazi-Kinder dürfen demonstrieren

Gestern Dienstag fand eine Wehrfandunggebung in Reute mit statt, die einen glänzenden Verlauf nahm, eine Entschloßung für Aufhebung des KPD-Verbots, gegen Faschismus, Brüning- und Schied-Diktatur und gegen Sozialabbau, für Kampf unter Führung der KPD wurde angenommen. Diese erfolgreiche Wehrfandunggebung schenkt der Schied-Diktatur und ihrem Dresdner Polizeipräsidenten mächtig in die Knochen gefahren zu sein; als gestern die zweite Wehrfandunggebung im Kristallpalast stattfinden sollte und der Saal sich mit Menschen füllte, wurde ein Transparent über der Bühne „Trotz 8 48 kämpft mit uns“ von der Polizei beschlagnahmt und die Kriminalpolizei erklärte der Versammlungsleitung, daß die Rundgebung verboten sei, weil zwei Personen in KPD-Kleidung anwesend seien! Die Auflösung der Wehrfandunggebung wurde mit ungeheurem Entrüstungsgeschrei beantwortet. Stehend wurde dann die „Internationale“ gelungen und ein dreifaches Rot Front dröhnte durch den Saal.

Durch die Polizei des „linken“ Sozialdemokraten Fleischer wurde in Leipzig eine von 150 Arbeiterkindern besetzte Konferenz aufgelöst. Die Polizei versuchte sich auf eine auf die Diktatur-Verordnung bezugnehmende Verordnung des sächsischen Innenministeriums, nach der für Sachsen sämtliche Versammlungen der Internationalen Kinderbewache verboten sind. Dieses von der Schied-Diktatur erlassene ungeschwehliche Verbot, erstreckt sich für die ganze Kinderbewache, d. h. bis zum 14. Mai, der „linke“ Fleischer, charakterisiert wieder die Rolle der „linken“ SPD-Führer als Hilfspolizisten des faschistischen Schied-Kurzes.

In Plauen wurden bei einer Demonstration 17 Pioniere von der Polizei festgenommen und von jedem der Namen aufge-

schrieben. Als die anderen Pioniere protestierten und auf dem Randstein einzeln mit der Demonstration liefen, wurden sie auch von der Polizei auseinander getrieben.

Am nächsten Tag beim Nagelmarkt liefen eine ganze Anzahl verheerter Kinder mit den Nazis, in Reih und Glied. Die Polizei fuhr nebenher, aber die Kinder wurden nicht aus dem Zuge herausgeholt. Keiner wurde aufgeschrien.

Der „linke“ Polizeipräsident erweist sich dabei als Helfer der reaktionären Schied-Regierung. Der Massenaustritt proletarischer Kinder zu den Jungpionieren in der Internationalen Kinderbewache bis zum 14. Mai wird eine eindeutige Antwort auf den Terror gegen die Arbeiterkinderbewegung sein!

Einberufung des Reichstags abgelehnt!

SPD und Nazis für Brüning-Kurs / Dingeldey kündigt schärfere Diktatur an

Berlin, 7. Mai. (Eig. Drahtm.)

Gestern mußte der Vizepräsident des Reichstages den KPD-Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages beraten. Genosse Glöckler begründete mit dem Hinweis auf die ungeheuerlichen Sozialabbaupläne der Brüning-Diktatur, auf die Notwendigkeit der Stellungnahme zur Gefrierfleischfrage, Steuerpolitik, Außenpolitik und forderte die Einkellung sämtlicher Sozialabbau-Maßnahmen, die Rückgängigmachung der Brotversteuerung. — Die Deutschen nationalen und Nazis blieben, um Brüning-Politik zu fügen, dem Vizepräsident fern, so daß KPD und SPD die Mehrheit hatten und die Einberufung des Reichstages nur noch von der Haltung der SPD abhing. Und da erklärte Herr (SPD), seine Partei beachte „die politische Situation nicht so geklärt“, daß eine Einberufung des Reichstages ihr zweckmäßig erscheine! Die Reichstags-Einberufung wurde gegen die Stimmen der KPD abgelehnt.

Die SPD hat durch ihre Gegenstimmen, die Nazis durch ihre Zerstreuten, bewirkt die Brüning-Diktatur mit ihren ungeheuerlichen volksfeindlichen Maßnahmen unerschüttert und ermöglicht.

U. a. hat die KPD-Fraktion, als im Untersuchungsausschuß für Roggenentwertung bekannt wurde, daß immer noch 150 000 Tonnen Roggen bei der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft liegen, sofort folgenden Antrag eingebracht:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft den Auftrag zu erteilen, umgehend die in ihren Händen befindlichen Bestände an Roggen in Höhe von 150 000 Tonnen vermarkten zu lassen und als verbliebenes Brotmehl an die Konsumvereine und Bäckereien abzugeben unter der Bedingung, daß die Brotpreise sofort entsprechend gesenkt werden.“

Durch die Ablehnung der Reichstags-Einberufung hat die SPD auch die Beratung dieses Antrages verhindert.

Im Reichsausschuß für Handel und Industrie hielt der Führer der Volkspartei, Dr. Dingeldey, eine aufsehenerregende Rede.

Er proklamierte offen die Absicht des Großkapitals auf verschärfere Durchführung der faschistischen Diktatur mit „unpopulären“ Maßnahmen.

Im einzelnen erklärte Dingeldey: Das Volk muß wieder zur Billigung der privatkapitalistischen Ordnung gelehrt werden. Auf die politisch-parlamentarischen Kräfte kann man nicht hoffen. Bei den gegebenen Verhältnissen können wir die Rettung nur darin sehen, daß Männer vorhanden sind, die bereit sind, ihren Weg aus eigener Verantwortung heraus zu gehen. Massenversammlungen (weshalb freier Journalismus! D. Red.) können unter Schutz nicht werden. Gegenwärtig ist in Deutschland keine politische Persönlichkeit zu finden, die an Stelle des gegenwärtigen Reichskanzlers treten kann. Entscheidend ist heute allein das Zusammenwirken von Männern, die sich über Diktatur und Therapie einig sind. Die eigentliche Bewährungsprobe steht noch bevor. (1) Die Maßnahmen werden sicher unpopulär (1) sein.